

Handels ausüben, um sie zum Wohl der Allgemeinheit zu lenken.

1. Die Schlüsselindustrien sind der Billföhrerschaft der Privatmonopole zu entziehen und in Gemeinbesitz zu überföhren. Die Bodenschätze und die lebenswichtigen Rohstoffindustrien, ferner die gesamte Energiewirtschaft sowie der gesamte Verkehrsapparat, die die Grundlagen des modernen Wirtschaftslebens bilden, müssen von der Gesellschaft zum Nutzen der Allgemeinheit planmäßig bewirtschaftet werden.
2. In erster Linie sind zu verstaatlichen: der gesamte Bergbau einschließlich der Rebenbetriebe, die Eisenindustrie einschließlich der Schrottwirtschaft und die Metallgewinnung, die Großchemie, insbesondere die Herstellung von künstlichen Düngemitteln, die monopolisierten Zweige der Baustoffindustrie, insbesondere die Zementindustrie.
3. Die Energie- und Verkehrswirtschaft ist in ihrer Gesamtheit in den Besitz der öffentlichen Hand zu überföhren mit dem Ziel der Verbesserung und Verbilligung ihrer Leistungen.
4. Alle Kartelle und ähnlichen Zusammenschlüsse von Unternehmungen sowie monopolartige Konzerne und Einzelunternehmungen sind durch ein staatliches Kartell- und Monopolamt zu überwachen. Das Kartell- und Monopolamt hat die Anlage, Produktions- und Absatzpolitik sowie die Festsetzung der Preise ständig zu prüfen und im Interesse der Allgemeinheit zu beeinflussen.
5. Um die planmäßige Verbindung zwischen Massenbedarf und Produktion herzustellen und die Verteilungskosten zu verringern, ist der Zusammenschluß der Verbraucher in Konsumgenossenschaften zu fördern.

III. Kredit- und Bankwesen.

Das private Bankwesen ist durch ein staatlich beherrschtes Bankensystem mit der Aufgabe planmäßiger Kredit- und Kapitalverteilung zu ersetzen.

1. Die Banken und sonstigen Kreditinstitute sowie die Versicherungsgesellschaften, insbesondere die Lebensversicherungen als Sammelbecken des Spartkapitals sind zu verstaatlichen. Als Uebergangsmassnahme ist der kapitalmäßige Einfluß des Staates auf die Banken auszubauen. Alle Kapitalbeteiligungen öffentlicher Stellen bei Banken sind zur durchgreifenden Sicherung ihres Einflusses auf die Geschäftsföhrung zu benutzen.
2. Bereits in der Uebergangszeit müssen die Kredite planmäßig verteilt und in der Richtung der planmäßigen volkswirtschaftlichen Bedarfsdeckung gelenkt werden. Diese Aufgabe hat ein zentrales Banknamt zu erfüllen, das die Bewegung der Kredite durchleuchtet, Richtlinien für die Anlagepolitik der Kreditinstitute aufstellt und die Durchführung dieser Richtlinien überwacht.
3. Das Banknamt muß mit der Reichsbank, als der Hüterin des Geldwesens, eng zusammenarbeiten. Die Reichsbank ist von dem überwiegenden Einfluß der privaten Bank- und Industriekreise zu befreien. In ihrem Generalrat müssen neben dem Staat und der öffentlichen Wirtschaft alle wichtigen Wirtschaftsverbände, vor allem die Gewerkschaften und Verbraucher, vertreten sein.

IV. Agrarpolitik.

Die Arbeiterklasse erstrebt einen gerechten Ausgleich zwischen Stadt und Land.

1. Jedem wertföhrenden Landwirt geböhrt ein angemessenes Einkommen für seine aufgewandte Arbeit. Der landwirtschaftliche Arbeitsertrag ist abhängig von der Erhaltung und Erhöhung der Massentaufkraft. Daher müssen alle Massnahmen der Preisbeeinflussung, insbesondere alle Schutzmassnahmen gegen die ausländische Konkurrenz, auf die Kaufkraft der städtischen Verbraucher Rücksicht nehmen.
2. Zur Sicherung der Landwirtschaft gegen übermäßige Schwankungen der Erlöse ist der Markt durch staatliche Handelsmonopole sowie planmäßige Beeinflussung des Umfanges und der Richtung der Produktion zu regulieren. Die Spanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen ist durch staatliche Massnahmen und durch direkte Zusammenarbeit der landwirtschaftlichen Abhängenossenschaften mit den städtischen Verbraucher-genossenschaften zu verringern.
3. Um die Lage der Kleinbauern zu verbessern, muß der Staat das Hochwissen fördern, die Feldbereinigung beschleunigen und die Bildung von Produktiogenossenschaften unterstützen.
4. Der nicht mehr lebensfähige Großgrundbesitz ist in Bauernland oder in genossenschaftliche Großbetriebe umzuwandeln. Die Siedlungsstellen müssen ausreichende Lebensmöglichkeiten gewöhren. Bei der Auswahl der Siedler sind in erster Linie Landarbeiter zu berücksichtigen. Jede Subventionierung des Großgrundbesitzes ist einzustellen. Das Großgrundigentum ist in Gemeinbesitz zu überföhren.

V. Außenhandelspolitik.

Die Außenhandelspolitik, die gegenwärtig von privaten industriellen und agrarischen Interessen beherrscht wird, ist in den Dienst der Lenkung der Volkswirtschaft zu stellen. Sie hat die Einordnung der deutschen Volkswirtschaft in die internationale Arbeitsteilung zu fördern und der Gefahr ihrer Abschmäuerung vom Weltmarkt vorzubeugen.

1. Die Zoll- und Handelspolitik Deutschlands muß auf den Abbau der Handelshemmnisse gerichtet sein.
2. Deutschland muß mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln die Wiederherstellung des internationalen Währungs- und Kreditzusammenhanges fördern.
3. Besonders muß der enge Zusammenschluß der europäischen Wirtschaftskräfte angestrebt werden.
4. Mit dem Ausbau der Planwirtschaft wird an die Stelle der heutigen privaten Außenhandels-

beitslosen wanderten nach Detroit und fanden nachtläng bei bitterer Kälte vor den Loren Schlange. Es wurden jedoch nur einige hundert eingestelt, die anderen wurden von der Polizei mit Tränengas vertrieben. Im nächsten Jahre stürmten 10 000 Arbeitlose in ihrer Erbitterung das Werk. Auch dieser Ausbruch der Erbitterung wurde von der Polizei niedergedrückt. In diesem Frühjahr kam es dann vor den Loren der Werke zu einem Gemehel, dem das Leben von sieben Menschen zum Opfer fiel. Der billige Wagen jedoch, der jetzt auf den Markt kommen soll, kostet, wie unter den Fordarbeitern angenommen wird, jeden Tag ein Menschenleben. Das mörderische Tempo der Arbeit und die Entfernung der Sicherheitsvorrichtungen von den Maschinen löten im Durchschnitt jeden Tag einen Arbeiter. Vor einigen Jahren hatte ein Arbeiter vier Triebäder zu bedienen, heute sind es zwölf, ohne daß irgendwelche Erleichterung oder Vereinfachung in der Handhabung hinzugekommen wäre. Unfälle werden gewöhnlich nicht entschädigt. Dem Verunglückten wird eine andere Arbeit zugewiesen und nach einiger Zeit folgt die Entlassung. Ein offener und ein geheimer Ueberwachungsdienst sorgt dafür, daß das Festtempo in grausamster Weise durchgeführt wird. Die „Bluthunde Fords“ nennt der erwähnte Bericht die Angehörigen des Ueberwachungsdienstes, die zum Teil als gewöhnliche Arbeiter im Werk verstreut die Arbeiter bespitzeln und benutzieren.

Freiheit!

Die Organisation ist in Gefahr! Die Reichstagswahl entscheidet! Wehr' dich! Gib dein Freiheitsopfer!



Alle Funktionäre haben Freiheitsopfer-Marken zu 15 und 50 Pfennig. -

Bringe dein Freiheitsopfer! Jedes Sachverlein zählt! Gib

beziehungen der staatlich organisierte internationale Gütertausch auf der Grundlage eines Außenhandelsmonopols treten.

VI. Aufbau der Planwirtschaft.

Schon im Rahmen des bestehenden Wirtschaftssystems müssen die Anstöße zur Planwirtschaft zusammengefaßt werden. Im besonderen muß die einheitliche Föhrung der Eigenwirtschaft der öffentlichen Hand sichergestellt werden.

1. Mit dem Aufbau der Planwirtschaft und deren Leitung ist eine zentrale Planstelle zu betrauen. Sie hat in enger Zusammenarbeit mit dem Banknamt, dem Kartell- und Monopolamt, den Organen des Handelsmonopols und der Verwaltung der öffentlichen Wirtschaft ständig die Tätigkeit der einzelnen Zweige der Wirtschaft zu beobachten und auf ihre planmäßige Entwicklung hinzuwirken.
2. Entsprechend der fortschreitenden Verstaatlichung der Banken und der Ausdehnung der öffentlichen Wirtschaft hat die Planstelle in Verbindung mit dem Banknamt volkswirtschaftliche Kreditverteilungspläne aufzustellen. Mit den Organen des Außenhandelsmonopols muß sie die Richtlinien für den Außenhandel festlegen.
3. Der Ausbau der Planwirtschaft muß hand in hand gehen mit der Demokratisierung der Wirtschaft. In allen öffentlichen Einrichtungen, die der Förderung oder Ueberwachung der Wirtschaft, einzelner Wirtschaftszweige oder Wirtschaftsteile dienen, sind gemäß Artikel 165 der Reichsverfassung die berufenen Vertreter der Arbeitnehmer angemessen zu beteiligen.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. Allgemeiner freier Angestelltenbund.

Ford, der Nationalheld.

Wieder einmal wird Henri Ford in der amerikanischen Presse als Nationalheld gefeiert. Das Lob gilt jetzt seiner Ankündigung, zwei neue Automodelle herauszubringen, die er zum Selbstkostenpreis abgeben will. Wie sehr die Böhmungen verdient sind, darüber gibt uns ein amerikanischer Bericht der „Wiener Arbeiterzeitung“ einige ausführliche Anstöße. Zur Herstellung der Wagen, die jetzt in den Werken gelangen werden, sollten nach Ankündigung Fords noch im Jahre 1929 30 000 Arbeiter neu eingestellt werden. Tausende von Ar-

Der Vorstand des ADGB. zur Frage der Einheitsfront.

Seit dem Sturz der Regierung Brüning wird der Gedanke der Einheitsfront der Sozialdemokratie und der Kommunistischen Partei unter der Arbeiterschaft in den Betrieben lebhaft erörtert.

Der Vorstand des ADGB. ist fest davon überzeugt, daß der Kampf gegen den gemeinsamen Feind das geschlossene Vorgehen der gesamten deutschen Arbeiterbewegung zur gebieterischen Pflicht macht. In den anderthalb Jahrzehnten der Nachkriegszeit, seit dem Beginn der verhängnisvollen politischen Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung, waren die freien Gewerkschaften die Träger des Einheitsgedankens. In ihren Reihen war dieser Gedanke in den Grenzen des politisch Möglichen verwirklicht. Daß man sich von allen Seiten gerade an sie, insbesondere an den Vorstand des ADGB. wendet, die Rolle des Mittlers zu übernehmen, beweist, daß diese Tatsache allseitig anerkannt wird.

Leider hat diese Anerkennung noch nicht zu der Einsicht geführt, daß die Voraussetzung für eine Einheitsfront die Einstellung des gehässigen und verfeindlichen Bruderkampfes ist, der tagtäglich in Versammlungen, in der Presse und in Flugblättern geführt wird. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands hat sich noch in neuester Zeit ausdrücklich dazu bekannt, diesen Kampf hemmungslos fortzusetzen. In einer Erklärung vom 20. Juni 1932 sagt die kommunistische Parteizentrale:

„Die Kommunisten erklären dabei ganz offen, daß sie nicht daran denken, den Parteien, mit deren Hilfe und durch deren Politik der Faschismus zur Macht gelangte, einen „Burgfrieden“ zu gewöhren, wie es die SPD. und ADGB.-Föhrer wünschen, weil sie um ihre Mandate zittern... Es gibt für die Kommunisten keinen „Burgfrieden“ mit Beratern und Feinden der Arbeiterklasse.“

Diese Erklärung ist unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die Einheitsbestrebungen in der Arbeiterschaft von der höchsten Instanz der SPD. abgegeben worden. Unter diesen Umständen steht der Vorstand des ADGB. für Einigungsversuche keine Erfolgsmöglichkeiten.

Die einheitliche Abwehrfront der politischen Parteien der deutschen Arbeiterbewegung ist nur denkbar, wenn alle Beteiligten freiwillig darauf verzichten, die Kampfgenossen in entehrender Weise anzugreifen. Der Verzicht auf böswillige Verunglimpfung der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie während des Wahlkampfes ist die Mindestbedingung, die die Kommunistische Partei erfüllen muß, wenn der Vorstand des ADGB. seinen Einfluß für die Bildung einer gemeinsamen politischen Abwehrfront in die Waagschale werfen soll. Es ist eine Forderung, auf die kein ehrlicher Befürworter der Einheitsfront verzichten kann.

Es wird die Aufgabe der organisierten Arbeiter selbst sein, die moralischen Grundlagen für ein einheitliches Vorgehen der gesamten deutschen Arbeiterbewegung zu schaffen. Sie müssen jedem, der den Bruderkampf in ihren Reihen mit den bisherigen verwerflichen Mitteln in Wort und Tat fortsetzt, unzweideutig klar machen, daß er den Todfeinden der deutschen Arbeiterschaft den Weg zum Siege bahnt.

Nationalsozialisten fordern Verteuerung der Margarine.

Die Notverordnung des Kabinetts v. Papen ist getragen von dem Willen, alle Lasten der wertvollsten Bevölkerung aufzuerlegen. Trotzdem ist die NSDAP. noch nicht zufriedengefesselt. Im Berliner „Angriff“ vom 22. Juni 1932 wird Stellung genommen zum neuen Kurs in der Agrarpolitik. Bittere Klage führt der nationalsozialistische Artikelschreiber über die „ziemlich lange Reihe von Enttäuschungen, die die Landwirtschaft in den ersten Wochen des neuen Herrn im Reichsernährungsministerium erlebt hat“. Besonders hat es den Nazis die Margarine angetan. Sie sind sogar bereit, eine Verteuerung der Margarinepreise einzutauschen gegen die Salzsteuer. Der „Angriff“ schreibt dazu: „Die neue Notverordnung führt eine Salzsteuer ein. Ob Steuererhöhungen oder Neueinführungen von Steuern durch eine grundsätzliche Kursänderung der Finanzpolitik des Reiches, zumal sie unerträglich sind, nicht hätten vermieden werden können, soll hier nicht untersucht werden. (Warum denn nicht?) Will man schon ein Nahrungsmittel verteuern, so hätte dies nicht das Salz, sondern die Margarine sein müssen.“

Margarine ist heute beinahe die einzige Fettzutat, die sich die ärmere Bevölkerung leisten kann. Die Nationalsozialisten fordern die Verteuerung dieses wichtigen Nahrungsmittels und begründen dies damit, daß Margarine zum größten Teil aus ausländischen Bestandteilen besteht. Damit die deutschen Großagrarien Buchpreise für ihre Erzeugnisse verlangen können, sollen die Arbeiter ihr Brot trocken essen.

Echt nationalsozialistisch!

Die sächsischen Sattlermeister zur Wirtschaftslage.

Das Sattlerhandwerk gehört zweifellos zu den Berufen, die mit am härtesten von der allgemeinen Depression der Wirtschaft betroffen werden. Beleg dafür hat dazu in hervorragendem Ausmaß die Verbesserung und größere Verbreitung des Automobils. In den Brauereien, Fuhrgeschäften und landwirtschaftlichen Unternehmungen hat der Kraftwagen das Pferd immer weiter verdrängt und, soweit noch Pferdebespannung vorkommt, werden die sich notwendig machenden Reparaturen meistens in eigenen Regiebetrieben erledigt. Dort, wo Sattlermeister noch auf Gütern als Kontraktarbeiter beschäftigt sind, wird von ihnen dauernd Klage über unerträgliche Preisdrückereien seitens der Gutsbesitzer geführt. Renanzfertigung von Geschirren wird immer seltener. Dort wo Bedarf vorhanden ist, wendet sich die Kundschaft größtenteils direkt an Spezialfirmen, die diese Artikel fabrikmäßig herstellen. Die Produktion von Lederwaren und Reifeartikeln durch den Handwerksmeister kommt kaum noch in Betracht. Die Fabrikation dieser Artikel hat derartige Fortschritte gemacht, daß der Handwerksmeister die fertigen Waren billiger und besser beziehen kann als er sie selbst herzustellen imstande ist.

Auch der Handel mit Lederwaren und Reiseutensilien will nicht mehr vorwärtsgen. Es hängt dies ganz mit der Wirtschaftslage zusammen. Die noch kapitalstärksten Kunden kaufen nicht im Laden des kleinen Sattlermeisters, sondern gehen in die feuchten Groß-Lederwarengeschäfte der Branche. Die Masse der werttätigen Bevölkerung, die bisher das Gros der Kundschaft der Sattlerwarengeschäfte bildeten, verfügen infolge der dauernden Lohnabzüge und der anhaltenden Arbeitslosigkeit nicht mehr über genügende Kaufkraft um Lederwaren einzukaufen zu können. Weiter tragen zum Rückgang des Konsums von Reifeartikeln die fortgesetzten, leider vielfach erfolgreichen Vorstöße der Arbeitgeber auf Einschränkung der Berufsfreien bei.

Eine der unangenehmsten Begleiterscheinungen dieser Entwicklung der Wirtschaftslage ist das Verschwinden der Gesellen aus dem Handwerksattlereien. Kamte man noch vor einem Jahrzehnt eine Reihe größerer Sattlereien mit vier bis sechs Gesellen, so ist heute schon ein Betrieb mit einem oder gar zwei Gesellen eine Seltenheit. Infolge der allseitig im überreichlichen Ausmaß betriebenen Beschäftigungslosigkeit liegt im Sattlerberuf eine Ueberfüllung von Arbeitskräften vor. Das trifft nicht nur auf die Gesellen und die Lehrlinge zu, sondern auch auf die Handwerksmeister. Die Folge davon ist eine starke Konkurrenz der selbständigen Sattler untereinander. Dabei nehmen die gegenseitigen Preisunterbietungen vielfach Formen an, die dazu angetan sind, das ganze Sattlergewerbe zu untergraben.

Einsichtsvolle Führer aus dem Lager der Sattlermeister, an erster Stelle der Präsident des Reichs-Sattlerverbandes, Herr Paul Scholz, Berlin, haben rechtzeitig die Schäden dieses Treibens erkannt und versucht, durch den Abschluß von Lohnabkommen mit unserer Organisation eine Lohngrenze nach unten

zu schaffen, die zugleich dem Handwerksmeister eine Stütze bei der Bewertung der eigenen Arbeitskraft bieten sollte.

Inzwischen sind, wie schon erwähnt, die Sattlergesellen aus dem Handwerksattlereien so gut wie ganz verschwunden. Da berührt es immerhin recht eigenartig, wenn einer der Prominenten der deutschen Sattlermeisterbewegung, Herr Obermeister Göpfert, Dresden, auf dem Verbandstag der sächsischen Sattlermeister in Ramenz Ausführungen gemacht hat, die uns reichlich unverständlich sind. Wir wollen nicht mit Herrn Göpfert rechten, wenn er seinen nationalsozialistischen Gefühlen Luft macht und über „den unperfektbar marxistischen Einfluß der international eingestellten sozialdemokratischen Gewerkschaften“ wettert. Auch ihm müßte der Umstand, daß seit zwei Jahren weder freie Gewerkschaftler noch Sozialdemokraten in der Reichsregierung sitzen, nicht ganz unbekannt geblieben sein. Wenn Herr Göpfert jedoch versucht, die „brüdenlichen Väter“ für die ungünstige Wirtschaftslage verantwortlich zu machen, so kann dies in bezug auf die Handwerksattler kaum angewendet werden. Gerade der Umstand, daß die Handwerksattlermeister so gut wie keine Gehilfen mehr beschäftigen, daher von allen sozialen Lasten für ihre Arbeitnehmer befreit sind, müßte doch zur Befriedung dieser Berufsgruppe beigetragen haben. Wenn das trotzdem nicht der Fall ist, müssen immerhin noch andere Ursachen für die allgemeine Lähmung der Wirtschaft vorliegen.

Herr Göpfert hat keine Rede von dem Sturz des Kabinetts Brüning gehalten. Im Bericht, den wir dem Verbandsorgan des Reichsverbandes der Sattlermeister „Der Sattler-, Tapezierer- und Portefeuiliermeister“ entnehmen, wird u. a. gesagt: „Hoffentlich bringt uns die inzwischen neugebildete Reichsregierung und ein neuer Reichstag den Umkehrpunkt zur Besserung der Lage.“ Inzwischen ist die neue Notverordnung der nationalsozialistisch beeinflussten neuen Reichsregierung herausgekommen. Wir können natürlich nicht ohne weiteres feststellen, wie weit dieselbe allen Anforderungen unserer Herren Sattlermeister gerecht wird, befürchten aber, daß „die starken politischen Gegenströmungen im selbständigen Handwerk“, von denen Herr Göpfert in seinem Vortrag gesprochen hat, durch das Auftreten der neuen Regierung stiller—v. Papen einen kleinen Knag bekommen dürfte.

Die Existenz der Handwerksattlermeister ist so innig verbunden mit dem Wohl und Wehe der arbeitenden Bevölkerung Deutschlands, daß alle Versuche, diesem Gewerbe durch gesetzliche Bestimmungen auf die Beine zu helfen, an der harten Tatsache der wirtschaftlichen Entwicklung scheitern muß. Nur die Besserstellung der Lebenshaltung der Arbeiter gibt die Voraussetzungen für die Hebung der Lage des gesamten Volkes. Mit Ausnahmebestimmungen für einzelne Gruppen, und seien es auch die Sattlermeister, ist da nichts zu machen.

Wie stehen wir zum Verbandstag?

In dem „Der Ausweg“ überschriebenen Artikel Nr. 23 unseres Verbandsorgans wird ein Gutachten der Industrie- und Handelskammer Dresden besprochen, worin einbeutend und klar das Bestreben zum Ausdruck kommt, den privatwirtschaftlichen Betrieben und Unternehmen unter allen Umständen einen bestimmten Gewinn zu sichern, ohne Rücksicht darauf, ob den Arbeitern und Angestellten für ihre aufreibende Arbeit ein Lohn oder Gehalt gewährleistet ist, der ihnen ein menschenwürdiges Auskommen ermöglicht. Es ist eigentlich unnötig, festzustellen, daß dieser Hauptgrund, dem sich alle anderen im Gutachten festgelegten Auslassungen folgerichtig angliedern müssen, keine besondere Meinung der genannten Kammer ist. Er ist für alle privatkapitalistischen Kreise richtunggebend gewesen. Wenn dieser Grundgedanke in der Zeit der sich immer mehr und mehr verschärfenden Wirtschaftskrise besonders stark betont wird, wenn alle Mittel angewandt werden, um, wie es sich eben jetzt in Deutschland zeigt, diesem Grundgedanke die politische und militärische Macht dienstbar zu machen, so deswegen, weil heute das Durchführen oder Nichtdurchführen der von den Industrieführern aufgestellten Forderungen in sich selbst, das Sein oder Nichtsein des kapitalistischen Systems.

In dem Artikel selbst wird sehr ernsthaft, mit ganz leiser, ironischer Beimischung auf den demokratischen Staat Bezug genommen, über den die Herren, nachdem der Staat ihre herabgewürdigtesten Unternehmen wieder subventioniert hatte, trotzdem hergefallen sind. Weshalb konnte das Recht der freien Meinungsäußerung im demokratischen Staat so mißbraucht werden? Weil Demokratie in einem Staatswesen unmöglich ist, in dem es eine Klasse gibt, die im Besitze der Produktionsmittel, der Güter schlechthin ist und auf der anderen Seite eine Klasse der Besitzlosen, die sich in wirtschaftlicher

Abhängigkeit von der besitzenden Klasse befindet. Jeder Hinweis seitens der Arbeitervertreter an das Unternehmertum auf die unhaltbar trostlose Lage breiterer, vor dem Nichts stehender Volksmassen und die in diesem Zustand liegende Gefahr, jeder Appell an die Menschlichkeit, jeder Vorschlag, wie man die hoffnungslose Lage ändern könnte, werden der Ablehnung verfallen, sofern in diesen Vorschlägen auch nur ein Fünkchen von sozialem Empfinden der werttätigen Masse gegenüber vorhanden ist, weil der Kapitalismus immer wieder auf das Recht des Besitzes pochen wird, das in Wirklichkeit, klar ausgedrückt, weiter nichts ist als das Recht des Stärkeren. Daß diese Leute, welche sich von Alters her auf das Recht des Stärkeren gestützt haben, dieses brutale, allem wirklichen Rechtesempfinden hohnsprechende Recht immer mit Bezeichnungen wie Menschlichkeit, Moral, Gerechtigkeit und Rechtlichem bemantelt haben, ändert gar nichts an der Tatsache, daß die Größe der allermeisten Besitztümer durch Mittel zustande kam, die nicht immer einwandfrei waren. Die Tugenden Arbeitsamkeit und Sparsamkeit haben wahrscheinlich in den wenigsten Fällen Leuten zu Reichtum verholfen, und diejenigen, welche immer vom Sparen reden, meinen damit die andern. Haben doch überall dort, wo sich einfache, ehrliche Leute die Bissen am Rande absparten, Mächenschaften eingesetzt, die das Ziel hatten, mit dem von andern erparten Gelde Geschäfte zu unternehmen mit dem Erfolg, daß die Sparer vielfach das Raadschen hatten. Wo es so gelungen ist, durch Betrüger den kleinen Sparer, durch Ueberschrauen von Geschäftspartnern, durch Ausbeuten von Arbeitskräften usw. ein größeres Unternehmen zu schaffen, so hat man für solche offene Brutalität und Gewissenlosigkeit das Wort Geschäftstüchtigkeit geprägt. Man wird zugeben müssen, daß die mit einer Klinge geführten Schläge, auf welcher so eindeutig icharf die Worte eingraviert sind: „Das Recht des Stärkeren“, nur mit einer ähnlichen Waffe pariert werden können. Es ist schon darauf hingewiesen, daß mit demokratischen Methoden, selbst bei numerischer, zahlenmäßiger Ueberlegenheit der Arbeiterhaufen, die kapitalistisch, feudalistisch, bürgerliche Garbe bewegen nicht kampfunfähig gemacht werden kann, weil die Waffen zu ungleich sind. Aber wenn diese numerische Ueberlegenheit heute selbst nicht vorhanden ist, dann infolge der Teilung der Arbeiterklasse in zwei große Lager. Es ist zu bekannt, in welche Lage die Gewerkschaften durch die unerhörte Krise gekommen sind, um hier nähere Einzelheiten anzuführen. Es gehört aber auch schon mehr als ein einfältiges Gemüt dazu, den Beschwörungen gewisser führender Personen zu folgen, legt auf keinen Fall die Nerven zu verlieren und der Versicherung Glauben zu schenken, in absehbarer Zeit bessere sich die Konjunktur, die Arbeitslosigkeit gehe zurück, und es wäre dann wieder möglich, erfolgreiche Kämpfe durchzuführen. Resigniert wird heute vielfach besonders von indifferenten, aber auch von früher auf ihrem Posten stehenden Arbeitern das Wort ausgesprochen: „Ja, man hätte es so oder so machen müssen, aber jetzt ist es zu spät.“ Es soll nicht bestritten werden, für gewisse Kämpfe muß der geeignete Zeitpunkt ausgeübt, aber auch ausgenützt werden. Wenn er unausgenützt vorbeigestrichen ist, kann mit vollem Recht behauptet werden: „zu spät.“ Es ist aber niemals zu spät, die Organisation eines Kampfes wieder in die Hand zu nehmen, die gemachten Fehler, vorausgesetzt, man sieht sie auch ein, zu vermeiden und so im entscheidenden Augenblick, stärker als zuvor und auf Erfahrung reicher, den Kampf aufzunehmen. Wenn all die Maßnahmen einer Regierung, bei deren ganzer Einstellung man sich in das Jahr 1832 zurückversetzt glaubt, vielleicht doch etwas Gutes zeitigen, dann dies, es wird auch dort der heftigste Widerstand herausgefordert der einschneidendsten von Rechts und Staats wegen verordneten Not gegenüber, wo bisher nur jager Widerstand zu finden war. Die Clique, deren ausführendes Organ die heutige Regierung ist, hat die Zeit nicht ungenutzt verstreichen lassen. Sie hat sich eine Macht geschaffen, die sie inhand legt, die Macht in Händen zu halten. Nur die geeinte ziel- und kraftbewusste Arbeiterschaft kann ihr diese Macht entreißen, um sie selbst in die Hand zu nehmen. Die freien Gewerkschaften, die heute noch die größte Massenorganisation der deutschen Arbeiterschaft darstellen, müssen der Lage, wie sie ist und nicht wie sie sein sollte, Rechnung tragen.

Auf dem vor kurzem stattgefundenen Verbandstag der Buchbinder hat der Kollege Franz Splidit als Vertreter des ADGB. erklärt: „Den Gewerkschaftsmitgliedern müsse von den Funktionären deutlich gesagt werden, daß die Gewerkschaften in erster Linie Kampforganisationen seien und keine Unterstüzungsoerene.“ Es wird die Aufgabe der Delegierten auf unserm Verbandstag sein, wenn schon die Finanzlage notwendigerweise in der Unterstüzungfrage negative Folgen zeitigen muß, daß dem wenigstens entgegengezielt werden: positive Ergebnisse zur Stärkung des Kampfes und Kampfwillens. Erich Walter.

31. Verbandstag der Tapezierermeister in Mainz.

Vom 16. bis zum 20. Juli tagt in Mainz der Verbandstag des Reichsfachverbandes deutscher Tapezierermeister, Polsterer und Dekorateur. Diese Arbeitgeberorganisation ist naturgemäß den Einflüssen der Krisenperiode genau so unterworfen wie unser Verband. Die Mitgliedsbeiträge sind stark zurückgegangen, auch hat sich die Zahl der Bezahler des Innungsorgans „Allgemeine Tapezierer-Zeitung“ verringert. Neben der Entgegennahme von Berichten und der Erledigung von Wahlen und sonstigen Verwaltungsfällen wird der Verbandstag ein Referat über „Wirtschaftskrise und Handwerk“ hören.

Die Anträge zur Meistertagung bewegen sich in der gewohnten Basis. Gehilfen sollen in Zukunft von den Arbeitsnachweisen nur noch an selbständige Handwerksbetriebe vermittelt werden. Leider hat der Antragsteller vergessen anzugeben, von wem denn die Gehilfen leben sollen, bis eine solche Vermittlung erfolgt. Die Zwangsinnung Mainz beantragt: „Der Verbandstag wolle beschließen, mit allem Nachdruck dafür einzutreten, daß ein gesetzliches Verbot jeglicher Schwarzarbeit erfolgt. In diesem Gesetz müssen sowohl für den Auftraggeber wie für den ausführenden empfindliche Strafen bei Übertretung des Gesetzes festgelegt werden.“

Die Zwangsinnung Frankfurt a. M. beantragt: „Der Reichsfachverband möge bei der Reichsregierung beantragen, daß der § 100a der Reichsgewerbeordnung fällt.“ (§ 100a: „Die Innung darf ihre Mitglieder in der Festsetzung der Preise ihrer Waren oder Leistungen oder in der Annahme von Kunden nicht beschränken. Entgegenstehende Beschlüsse sind ungültig.“) Um einem dringenden Bedürfnis abzuhelfen, beantragt die Zwangsinnung Potsdam: „Änderung der Lehrlingsordnung, und zwar daß ein Lehrling nicht erst im letzten Halbjahr, sondern schon ein ganzes Jahr vor dem Auslernen des vorbandenen Lehrlings eingestellt werden kann.“

Zur Zeit sind rund 70 Proz. aller Tapezierer- und Polsterer arbeitslos und auch in den Meisterkreisen ist die Arbeitsgelegenheit äußerst knapp. Vielfach ist nicht einmal ausreichende Beschäftigung für die vorhandenen Lehrlinge da. Viel wichtiger scheint es uns zu sein, daß jeder Meister, der einen Lehrling einstellen will, erst einmal den Nachweis führen muß, ob er auch für hinreichende Arbeit und Ausbildungsmöglichkeiten für den jungen Menschen garantieren kann.

10 Jahre Allgemeiner Deutscher Beamtenbund

Anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, der dritten Säule der freien Gewerkschaftsbewegung, war am 18. Juni sein Bundesauschuß zusammengetreten, um sich nach einleitenden Referaten des Bundesvorsitzenden Falkenberg und des Reichstagsabgeordneten Dr. Böllner in eingehenden Beratungen mit den Notverordnungen in Preußen und im Reich zu befassen. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der gegen die abermalige Kürzung der Beamtengehälter und Versorgungsbezüge protestiert und erklärt wird, daß die Beamenschaft diesem System den Kampf ansage. Die Beamten werden aufgefordert, sich in die Einheitsfront aller Schaffenden einzureihen. Eine zweite Entschließung protestiert gegen die Angriffe der Nationalsozialisten auf die Vereinigungsfreiheit der Polizeibeamten und fordert die Beamten gemeinsam mit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter- und Angestelltenchaft zur Verteidigung ihrer Staatsbürgerrechte auf.

Am Sonntag fand die Feststiftung im ehemaligen preußischen Herrenhaus statt. Von Regierungsseite war auf dieser Tagung nur Preußen vertreten. Ministerialdirektor Dr. Bredt überbrachte die Glückwünsche der preußischen Regierung unter besonderem Hinweis auf die politische Freiheit, die erst durch die Weimarer Verfassung den Beamten garantiert worden sei. Bemerkenswert waren seine Worte, daß das ganze deutsche Volk, ganz gleich, wie es innerpolitisch zur Reichsregierung stehe, mit allen Fasern seines Herzens auf leiten derer sei, die jetzt in Genf die deutsche Sache verteidigen. Die Reichsregierung war auf der Tagung nicht vertreten, weil, wie aus einem bekanntgewordenen Rundschreiben des Reichsministers hervorgeht, sie sich durch die Kritik des freigewerkschaftlichen Bundesorgans getroffen gefühlt hat. Recht herzlich waren die Begrüßungsansprachen, die der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Eggert und der Vorsitzende des Allgemeinen freien Angestelltenbundes Aufhäuser unter Hinweis auf die unauf lösbare Solidarität der freigewerkschaftlichen Arbeiter, Angestellten und Beamten hielten, die in der „Eisernen Front“ jetzt ihren politischen Ausdruck finden. Im Namen des Internationalen Arbeitssamites sprach Oberregierungsrat Donau, der auf die Bemühungen des Amtes hinwies, auch die Beamtenfragen auf

internationale Boden zu fördern. Aus der Begrüßungsansprache des Vertreters des Internationalen Gewerkschaftsbundes Stolz ging hervor, daß die Beamteninternationale, der der ADGB angehört, in diesen Tagen als Berufsfunktionär des IGB anerkannt worden ist. Der Bundesvorsitzende Falkenberg gab auf der Festtagung einen Ueberblick über die Entwicklung der Beamtenbewegung. Die Proletarisierung breiter Beamtenschichten habe das Signal zur Massenbewegung der Beamten gegeben. Reichstagsabgeordneter Dr. Böllner legte in seinem Festvortrag die beamtenpolitischen, soziologischen und wirtschaftlichen Grundlagen der freien Beamtenbewegung dar.

Berichte aus den Verwaltungsstellen

Chemnitz. Vollversammlung am 18. Juni 1932. Kollege R. Böhme, Dresden, sprach über „Tarifpolitik und Tarifabschlüsse“. Ausgehend von den Anfängen der Gewerkschaftsbewegung schilderte der Redner die ungeheuren Schwierigkeiten, die damals dem Abschluß von Tarifverträgen entgegenstanden. Mit der Umwälzung im Jahre 1918 wurde es anders. Die Arbeitgeber waren gezwungen, mit den Gewerkschaften zu verhandeln. Beim Nichtzustandekommen eines Vertrags konnte der zuständige Schlichter einen beide Parteien bindenden Spruch fällen. In letzter Zeit hat das Reichsarbeitsministerium einschneidende Änderungen dieser Praxis infolieren vorgenommen, als die Verbindlichkeit nur für lebenswichtige Betriebe und Produktionsgruppen ausgesprochen wird. Gegenwärtig ist es schwer, Tarife zum Abschluß zu bringen, das zeigen auch die letzten Verhandlungen in allen unseren Branchen. An Hand von statistischem gewerkschaftlichem Material zeigt der Redner, daß leider noch viele Arbeiter nur als Nutznießer der Errungenschaften der Gewerkschaften leben. Es gilt daher, für die Zukunft die größte Aktivität zu bewahren, um die bisherigen Errungenschaften zu halten. Redner kommt dann auf die momentane politische Lage zu sprechen und geißelt die letzte Notverordnung, die an sozialen Härten alle ihre Vorgänger übertrifft. Es kann und darf daher dem aufmerksamen Arbeiter nicht schwer fallen, bei der kommenden Reichstagswahl den richtigen Stimmzettel abzugeben.

Es folgte eine lebhafte Aussprache. Im Schlußwort rechnete Kollege Böhme besonders mit dem Redner der Opposition ab, der in seinen Ausführungen die Taktik des ADGB in leidenschaftlichen Worten herabgeleitet hatte. Er schloß mit den Worten: „Die Not der Zeit muß das Proletariat zu einer tatsächlichen Einheitsfront zusammenschließen.“

Kollege Schulze berichtete über den Verlauf der Bohnverhandlungen für die Tapezierer. Die Innung hat einen Spitzenlohn von 88 Pf. angeboten. Nach kurzer Debatte wurde das Angebot der Unternehmer einstimmig abgelehnt. **Schreiber.**

Jossen. Am 6. Juli konnte die Verwaltungsstelle Jossen unseres Verbandes auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken. Mitbegründer ist unser Kollege Otto Linke, der mit einer Unterbrechung seiner Mitgliedschaft ein treuer Mitarbeiter in unserer Verwaltungsstelle war. Eine Gedenkfeier findet im Kreise der Kollegen am 23. Juli statt. **Franz Schubert.**

Aus der Gewerkschaftsbewegung

Gertrud Hanna 25 Jahre Sekretärin des Arbeiterinnenkomitees. Am 1. Juli waren 25 Jahre vergangen, seit die Genossin Gertrud Hanna als erste besoldete Sekretärin des Arbeiterinnenkomitees in das Büro der damaligen Generalkommission der Gewerkschaften eintrat. Sie kam sehr jung zur Bewegung und wirkte erst im Berliner Driverein, später im Zentralvorstand des Buchdruckerhilfsarbeiter-Verbandes für die arbeitenden Frauen ihres Berufes. Als sie im Jahre 1907 zur Generalkommission kam, hatte sie auf dem großen Gebiet der gewerkschaftlichen Erfassung und Betreuung schon eine reiche Erfahrung gesammelt. Es ist das besondere Verdienst Gertrud Hannas, daß sie es verstanden hat, ein tatkräftiger und bereber Anwalt der besonderen Interessen der wertvollen Frauen zu sein, ohne je den Blick für die Erfordernisse der Gesamtheit zu verlieren. Unseren Kolleginnen ist die Jubiläarin noch besonders bekannt durch die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“, die sie seit ihrer Gründung im Januar 1916 herausgibt. Nach dem Kriege wurde Gertrud Hanna Mitglied des Preussischen Landtages. So hat sie auf gewerkschaftlichem wie politischem Gebiet eine unermüdete Tätigkeit entfaltet. Wir wünschen der Genossin Hanna, daß sie nach viele Jahre Gesundheit und Geistesfrische in sich findet, um in der Bewegung, der sie seit ihrer Jugend dient, weiter wirken zu können.

Rundschau

Julian der Kofferfabriken Moritz Müller G. m. b. H., Leipzig, und Julius Arnade, Mons. Wie die „Mz.“ mitteilt, ist zwischen den beiden oben genannten Firmen, unter vollständiger Aufrechterhaltung der Selbstständigkeit eine Interessengemeinschaft zustande gekommen, um durch besonders rationelle Herstellung die Mäbler-Koffer billiger auf den Markt bringen zu können. Sie werden außer in der bisherigen Stammfabrik nunmehr auch in Mons hergestellt. Der gesamte Verkauf der Mäbler-Fabrikate ruht nach wie vor in den Händen der Mäbler G. m. b. H. in Leipzig.

Der unerträgliche Mietaufwand. Der Rückgang des Volkseinkommens ist in der Krise viel größer als der des Mietaufwandes, so daß die Mieten zur Zeit einen viel größeren Anteil des Einkommens beanspruchen als in der Vorkriegszeit. Die Einnahmen an Mieten betragen 1913 insgesamt 5 Milliarden Mark oder 11 Proz. des Volkseinkommens. 1927, im Jahr der Hochkonjunktur und des höchsten Volkseinkommens, betrug der Mietaufwand 6,6 Milliarden oder etwas mehr als 9 Proz. des Volkseinkommens. In den folgenden Jahren stiegen die Mieten viel schneller als das Volkseinkommen, das seit 1930 bereits im Sinken begriffen ist. 1931 betrug die Belastung der Bevölkerung mit Mieten 8,3 Milliarden Mark (davon 1,8 Milliarden Neubaumieten) und damit 14 bis 17 Proz. des Volkseinkommens, das für dieses Jahr auf 50 bis 60 Milliarden geschätzt wurde. Seitdem sind die Einkommen weiter gesunken, und zwar in einem viel größeren Umfang als der Mietaufwand durch die Notverordnung vom Dezember 1931 gesenkt wurde. Die Mietsenkung verminderte die Mietausgaben nur etwa um 750 Millionen Mark. Der Hausbesitz erhielt gleichzeitig eine Zinsermäßigung, die seine Schuldlast um schätzungsweise 570 Millionen Mark verringerte.

Der Lohn sinkt, die Preise steigen. Die vom Statistischen Reichsamte für den 22. Juni berechnete Großhandelsindexziffer ist mit 96,2 gegenüber der Vorwoche um 0,2 Proz. gestiegen. Die Indexziffern der Hauptgruppen lauten: Agrarstoffe 92,4 (Plus 0,8 Proz.), Kolonialwaren 85,2 (Plus 0,8 Proz.), industrielle Rohstoffe und Halbwaren 87,0 (unverändert) und industrielle Fertigwaren 117,5 (Minus 0,2 Proz.).

Auch der Lebenshaltungsinde gestiegen. Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „sonstiger Bedarf“) beläuft sich für den Durchschnitt des Monats Juni 1932 auf 121,4 gegenüber 121,1 im Vormonat; sie ist somit um 0,2 Proz. gestiegen. Es hat sich erhöht die Indexziffer für Ernährung um 0,6 Proz. auf 113,4, zurückgegangen sind die Indexziffern für Bekleidung um 0,5 Proz. auf 117,2, „sonstiger Bedarf“ um 0,4 Proz. auf 165,9. Unverändert geblieben sind die Indexziffern für Wohnung mit 121,4 und für Heizung und Beleuchtung mit 133,8. Innerhalb der Bedarfsgruppe Ernährung haben die Preise für Gemüse, Eier und Kartoffeln angezogen; zurückgegangen sind hauptsächlich die Preise für Butter und Milch.

Verbandsnachrichten

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen)

Vom 4. Juli bis 10. Juli ist der 28. Wochenbeitrag für das Jahr 1932 fällig.

Veranstaltungskalender

Dresden. Am Mittwoch, dem 13. Juli, 18½ Uhr, im Volkshaus „Neue Gaststube“, Schützenplatz 16, ptr., Allgemeine Mitgliederversammlung. Zum Thema: „Knechtschaft oder Freiheit“ spricht Kollege Seifert vom Deutschen Metallarbeiterverband. Alles muß Erscheinen!
Die Ortsverwaltung.

Sterbetafel

Berlin. Am 29. Juni 1932 starb im Alter von 81 Jahren unser Kollege, der Portefeuller Friedrich Schärp.

Görlitz. Am 17. Juni 1932 starb unsere Kollegin Pauline Lange und am 23. Juni unser Kollege, der Invalide, Sattler Julius Schäfer.

Nürnberg. Gestorben ist im Alter von 28 Jahren unser Kollege, der Tapezierer Andreas Bloß.

Offenbach a. M. Durch einen bedauerlichen Unglücksfall starb plötzlich unser Mitglied Peter Sattler aus Heusenstamm im 29. Lebensjahr.

Ehre ihrem Andenken!